

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 22/45. Jahrg.

3. Juni 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktionsschluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsgesellschaft Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Neues zur Sachlage im Tarifstreit

Der Streit um Abschluß neuer Tarife für das Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe wie für das Lithographie- und Steindruckgewerbe ist in sofern in eine neue Sachlage geraten, als der Chemigraphentarif inzwischen abgelaufen ist, weil eine weitere Bindung zwischen den Tarifparteien nicht vereinbart wurde. Wie wir in Nr. 18 der „Gr. Pr.“ vom 6. Mai berichteten, war eine Parteivereinbarung getroffen worden folgenden Inhalts:

„Die Geltung des Tarifvertrages für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe wird bis zum 27. Mai 1932 verlängert.“

Der Termin des 27. Mai ist verstrichen, eine neue Vereinbarung über Weitergeltung des Tarifes ist nicht geschlossen worden, so daß der Tarif sein rechtliches Begräbnis gefunden hat.

Ähnlich ist die Sachlage im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Nach den Bestimmungen des Steindruckertarifes hört er auf am 31. Mai rechtlich wirksam zu sein, wenn er vorschriftsmäßig gekündigt wird. Wir haben ebenfalls über die form- und fristgemäße Kündigung des Tarifes für das Lithographie- und Steindruckgewerbe durch den Schutzverband berichtet. Da bei Niederschrift dieser Zeilen auch für das Steindruckgewerbe keine Vereinbarung vorliegt, den Tarifstreit unter tariflicher Bindung durchzuführen, hörte am Dienstag, dem 31. Mai jede tarifliche Gebundenheit und die im Tarif liegende Friedenspflicht auf.

Über die Sachlage des Tarifstreites sind die Kollegen durch die berufenen Versammlungen unterrichtet worden. Die Kollegen konnten zu den Versuchen politischer Tarifmacherei der Unternehmer und zu den erzielten Ergebnissen Stellung nehmen und ihre Entscheidung treffen. Für das Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe lagen bekanntlich zwei Schiedssprüche vor; einer über wesentliche Bestimmungen des Mantels, der andere über den Lohn, der mit Ausnahme des Kostgeldes für Lehrlinge die bisherigen Löhne bis September in Geltung läßt. Die zuständige Kollegenschaft hat über beide Schiedssprüche beraten und in geheimer Abstimmung entschieden, den Schiedsspruch über die Mantelbestimmungen abzulehnen und den Schiedsspruch über den Lohn anzunehmen. Der Vorstand hat dem Veto der Kollegen gemäß dem Schlichter, Regierungsdirektor Friedländer und den übrigen zuständigen Behörden berichtet. Wie wir hören, hat der Bund chemigraphischer Anstalten wie der Verband Deutscher Lichtdruckereibesitzer beide Schiedssprüche angenommen.

Mit einiger Sicherheit kann aus der Stellungnahme der Unternehmer der Chemigra-

phie wie des Lichtdruckes zu den gefällten Schiedssprüchen geschlossen werden, daß sie die Verbindlicherklärung der Schiedssprüche durch das Reichsarbeitsministerium beantragen werden. Infolgedessen muß die Gehilfenvertretung mit neuen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium rechnen, weil jeder Verbindlicherklärung der Versuch, die Tarifparteien zu einer Verständigung zu bringen, voraufgeht. Zu einer solchen Verständigung scheint uns weder Aussicht noch Möglichkeit für die Gehilfenschaft vorzuliegen. Ob nach einem gescheiterten Verständigungsversuch der Reichsarbeitsminister die beiden gefällten Schiedssprüche für verbindlich erklären wird, muß abgewartet werden, die Wege des Herrn sollen bekanntlich wunderbar sein.

Im Steindruckgewerbe lag den Kollegen kein Positivum vor. Infolge der Stellungnahme der Tarifparteien zu den Vorschlägen des Schlichters sah sich der Schlichter außerstande, einen mit Mehrheit gefällten Schiedsspruch zu verkünden und mußte deshalb die Verhandlungen als beendet erklären. Die Kollegen sind ebenfalls über das, was die Unternehmer, der Schlichter und die Gehilfenvertreter wollten, in Versammlungen ausführlich und hinreichend unterrichtet worden. Aus den erstatteten Berichten über den Verlauf der Versammlungen geht deutlich hervor, daß die Kollegenschaft die Stellungnahme der Gehilfenvertreter einmütig billigt und ihnen ihr Vertrauen ausspricht. Die Kollegenschaft hat dabei bekundet, daß sie nach wie vor für ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis eintritt und gewillt ist, einen neuen Tarif abzuschließen. Allerdings nur unter der Bedingung, daß durch den Tarifabschluß ihre berechtigten Interessen auch gewahrt werden. Die Forderungen der Unternehmer ließen jede Absicht vermissen, einen billigen und tragbaren Interessenausgleich zu suchen.

Es müßte für das Steindruckgewerbe verhängnisvoll werden, wenn mit den Schlichterverhandlungen der Faden zwischen Gehilfen und Unternehmern zerrissen wäre. Die Gehilfenschaft fürchtet bestimmt keine tariflose Zeit, weil dazu kein Anlaß vorliegt. Ob aber das Gewerbe diese Krisenzeit zu überstehen vermag, wenn zu den reichlich vorhandenen Wirtschaftsschwierigkeiten noch Kämpfe um den Arbeitslohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen hinzukommen, ist durchaus keine ausgemachte Sache. Das scheint auch dem Vorstand des Schutzverbandes nicht verborgen geblieben zu sein. Aus allen Teilen des Reiches eingegangenen Meldungen ist mit Sicherheit zu entnehmen, daß der Schutzverband seinen Ausschuß für Freitag, den 27. Mai berufen hatte, um zur

gegebenen Sachlage Stellung zu nehmen. Daneben wird noch berichtet, daß die Unternehmer im Lande in keiner Weise davon erbaut sind, daß bisher noch kein Weg der Verständigung mit der Gehilfenschaft gefunden worden ist. Ob die ebenfalls wiederholt ausgesprochene Unternehmeransicht, doch dann lieber den bisher gültigen Tarif wieder in Funktion zu setzen, wenn keine andere Verständigung möglich ist, sich allgemeine Anerkennung im Unternehmerlager erringt, bleibt abzuwarten. Sie gibt aber der Gehilfenschaft berechtigten Anlaß davon zu sprechen, daß die Hemmnisse zur einjährigen Verlängerung der Laufzeit des bisherigen Tarifes im Hause Nollendorffplatz 1 (Berlin) zu suchen sind. Wie dem aber auch sei: Wollen die Unternehmer mit der Gehilfenschaft eine Verständigung auf erträglicher Basis, dann steht neuen Verhandlungen nichts im Wege, beharren sie auf ihren Forderungen, geht es auch anders.

Das ist das Neue; alt bleibt folgendes:

Obwohl die beiden Tarife nun ihre Gültigkeit verloren haben, hat sich am materiellen Inhalt des Arbeitsvertrages nichts geändert. Die Kollegen haben also auch ohne Gültigkeit der Tarifbestimmungen die gleichen Ansprüche als Entgelt für gegebene Leistungen an ihren Unternehmer wie bisher. Diese Ansprüche beruhen auf den Bestimmungen des Arbeitsrechts: Die Normativbestimmungen des Tarifvertrages gingen automatisch in den Einzelarbeitsvertrag über. Verweigert ein Unternehmer die Erfüllung dieser Ansprüche, wird ein Urteil des Arbeitsgerichts ihn ohne Umstände dazu zwingen. *Das Tarifschiedsgericht ist nicht mehr zuständig!* Allerdings kann der Unternehmer das bisherige Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen, vierzehntägigen Kündigungsfrist aufkündigen. Außer Beachtung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes ist dann wichtig, ob ein neues Arbeitsverhältnis mit neuen Arbeitsbedingungen angeboten wird. Dann ist der Tarifkampf in sein letztes Stadium eingetreten; die Unternehmer sperren aus.

Es kann gar nicht fraglich sein, daß der einzelne Kollege mit seinem Unternehmer nichts über Arbeitsbedingungen zu vereinbaren hat. Für ihn gelten die Bestimmungen des bisher gültigen Tarifes und nichts anderes! Will der Unternehmer etwas anderes, soll er sich an die Organisation wenden. Denn verhandelt wird nur vom Vorstand! Geschieht sonst etwas, ist es sofort dem Mitgliedschaftsvorstand zu melden, der Gau- und Vorstandsvorstand postwendend zu informieren hat. Ein anderes Verhalten der Kollegen ist Verrat an der eigenen Sache. Und so etwas gibts bei uns nicht!

Wirtschaftskrise, Elend und Verelendung

Die Folgen einer Wirtschaftskrise auf die arbeitende Klasse sind Verarmung und Massenelend, wie jeder Arbeiter jetzt am eigenen Leibe erleben muß. Massenelend und Verarmung bilden einen überaus wichtigen Gegenstand der politischen Erörterungen; denn wenn auch niemand wagen wird, zu bezweifeln, daß die Beseitigung des Elends ein höchst erstrebenswertes Ziel ist, so gehen doch die Meinungen darüber sehr stark auseinander, ob von einer Verarmung gesprochen werden kann, auf welche Weise und mit welchen Aussichten auf Erfolg das Elend zu bekämpfen ist und welche Rolle dem Elend als einem bewegenden Moment der Politik zufällt.

Diese Frage und ihre Beantwortung hängt in ziemlich hohem Grade davon ab, was man genauer unter Elend versteht. Absolutes Elend, vollständiger Mangel an Subsistenzmitteln mit der Aussicht auf einen nahen Hungertod, ist bei den gegenwärtigen Gesellschaftszuständen der ganzen Welt allerdings keine seltene Erscheinung. Von da bis zur Grenze einer erträglichen Existenz gibt es aber zahlreiche Zwischenstufen. Das sogenannte Existenzminimum, das Minimum dessen, was zur Existenz notwendig ist, ist keineswegs für alle Zeiten und Länder das gleiche Verhältnis. Verhältnisse, unter denen ein harter, an Entbehrungen gewohnter, an höheren Kulturbedürfnissen fremder Menschenschlag sich noch recht wohl fühlt und sich kräftig entwickelt, werden von einem höher zivilisierten Volk nicht nur subjektiv unerträglich empfunden werden, sondern sie werden bei ihm auch objektiv zu Krankheit und körperlichen Entartungen führen. Das Tier des Waldes ist so glücklich wie es sein kann: eine Menschenfamilie, die ohne Wohnung und Kleidung durch die Wildnis schweift, werden wir elend nennen, auch wenn ihr Nahrung in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Elend ist eben nicht nur Brothunger, sondern ist noch in höherem Maße Kulturhunger.

Die Frage, ob es heutzutage Elend gibt, muß von diesem Standpunkt aus bejaht werden. Die unverhältnismäßig hohen Sterblichkeitsziffern in den städtischen Proletariatsvierteln, der Rückgang der Geburtenziffern in den Industriezentren, die in unzähligen Untersuchungen nachgewiesene Überfüllung der Wohnungen sind unzweifelhaft Kennzeichen eines vorhandenen Massenelends, das auch nicht durch die Annahme hinwegdekretiert werden kann, daß die in den letzten Jahren von den Arbeitern erkämpften Lohnerhöhungen die Steigerung der Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten zum Teil überholt haben. Auch wird von keinem Kenner geleugnet werden können, daß die Verhältnisse in den mannigfachen Zweigen der Hausindustrie noch viel trauriger sind als die der Arbeiter in den großen Industriezentren. Schließlich wird auch der Zustand großer Teile der ländlichen Arbeiterschaft, obgleich diese infolge der Beschäftigung in freier Luft von manchen Berufskrankheiten der Städte verschont bleiben, nicht anders als Elend bezeichnet werden können, wobei das geistige Elend, Unwürdigkeit und Stumpfheit, beinahe noch schwerer ins Gewicht fallen, als das körperliche Elend, die Unterernährung und die erbärmlichen Wohnverhältnisse. Elend ist aber nicht nur eine Differenz zwischen vorhandenen Kulturbedürfnissen und der Möglichkeit ihrer Befriedigung, das Elend wächst zugleich auch mit der Größe der Spannung, die zwischen dem Kulturstande der herrschenden und der beherrschten Klasse besteht. Der Maßstab für die Größe des Elends wird gewonnen durch den Vergleich der Lebenshaltung eines Teiles der Menschen mit der Lebenshaltung des anderen Teiles. Die ärmliche Hütte, die sich unter ihresgleichen immer noch ganz leidlich ausnimmt, wird, neben dem strahlenden Palast gestellt, zu einer Anklägerei der Gesellschaft. Die Entwicklung des Kapitalismus hat, indem sie auf der einen Seite eine berausende Fülle des Reichtums schuf, auf der anderen Seite das vorhandene Elend noch stärker hervortreten lassen.

Eine andere Frage ist, ob von einer Verelendung und Verarmung im Sinne meiner oben gegebenen Definition, also ununterbrochen absolut wachsend, gesprochen werden kann, und diese Frage muß entschieden verneint werden. Eine Verarmung und Verelendung im Sinne eines immer tieferen Hinabsinkens ist schon deshalb nicht möglich, weil auch das Elend kein Faß ohne Boden ist. Der Elendzustand, in dem sich die Masse der arbeitenden Klasse zu Anfang und in der Mitte des 19. Jahrhunderts befand, ist ein derartiger, daß ein Herabsinken unter ihn gar nicht mehr denkbar erscheint. Gibt es also keine Verelendung im Sinne eines ungesetzlich nach unten hin fortschreitenden Prozesses, so gehört die Deklassierung von Existenzen des sogenannten Mittelstandes sowie das zeitweilige Herabsinken einzelner Arbeiterschichten von einem bereits innegehabten Stande der Lebenshaltung auf ein niedrigeres Niveau zu den häufigeren Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung. Die Tendenz eines nur auf seinen nächsten Profit bedachten Unternehmertums ist stets darauf gerichtet, durch Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen bei

schlechtem Geschäftsgang, durch Bekämpfung aller auf Verbesserung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter bei günstiger Konjunktur das Niveau der Lebenshaltung der ganzen Klasse zu senken. Man kann also von einer dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz zur Verelendung der Arbeitermassen mit gutem Recht sprechen, man darf aber nicht vergessen, daß ihr eine kräftige Gegen Tendenz zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen entgegenwirkt, die getragen wird zunächst von der Arbeiterklasse selbst, dann aber auch vom Staat, soweit er von den Massen seiner Bevölkerung oder von der Furcht vor der drohenden Minderung seiner Kraft hierzu gezwungen wird.

Die Gegner der sozialistischen Politik folgern aus der Tatsache, daß es kein fortgesetztes Sinken der Massen in immer schlimmere Elendszustände gibt, zweierlei: Zunächst versuchen sie den Anschein zu erwecken, als ob es nicht nur keine Verelendung, sondern auch kein Elend gäbe. Elend, Massenelend in größter Ausdehnung, kann aber, wie wir gesehen haben, auch dort vorhanden sein, wo keine Verelendung herrscht, sondern sogar eine allmähliche Besserung der bestehenden Zustände zu beobachten ist. — Dann aber versucht man die Angriffe der Arbeiterklasse auf die Machtpositionen des Kapitalismus und auf das kapitalistische Wirtschaftssystem dadurch zu entkräften, daß man das Aufsteigen der Arbeiterklasse zu einer höheren Stufe der Lebenshaltung in möglichst üppigen Farben schildert, um zu beweisen, daß eine Verbesserung der sozialen Zustände auch unter der bestehenden Gesellschaftsordnung möglich ist, die auf die Beseitigung dieser Ordnung gerichteten Bestrebungen also überflüssig und verkehrt seien. Dagegen ist zu erklären, daß jede Besserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft errungen worden ist im Kampfe gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine Prinzipien, und zwar durch die Organisationen der Arbeiterklasse oder dem von ihnen direkt oder indirekt beeinflussten Staat. Es gibt also keine unauffhaltsame Verelendung, wohl aber gibt es Massenelend, und jeder Versuch, dieses zu mildern, stößt auf Widerstände der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Soziale Versicherung, Arbeiterschutzgesetzte, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse durch Eingreifen der Gesetzgebung und der Verwaltung — alle diese Bestrebungen zur Minderung des Massenelends bedeuten zugleich auch eine Verkürzung bestimmter kapitalistischer Interessen. Gerade diese Tatsache, daß keine Hinderung des Massenelends möglich ist, außer im Kampfe gegen die Kapitalistenklasse, leitet zum Schluß hin, daß die Beseitigung des Elends nicht möglich ist ohne die Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Massenkaufkraft ist das entscheidende Faktum

Die Wirtschaftskrise wirkt sich in Deutschland entscheidend in der Produktionsmittelindustrie aus. Einen gewissen Rückhalt übte die Verbrauchsgüterindustrie aus. Bei dem weiteren Verfall der Massenkaufkraft ist aber auch hier mit noch einem größeren Rückschlag zu rechnen. Das Institut für Konjunkturforschung gibt im Wochenbericht Nr. 7 über die Tendenzen der Absatzentwicklung folgenden Ausblick: „Fürs erste ist wohl — soweit nicht durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ein grundsätzlicher Wandel der Grundlagen des Wirtschaftsablaufs geschaffen wird — weder eine Belebung des Inlandsabsatzes noch des Auslandsabsatzes zu erwarten. Günstiger freilich könnten die Aussichten beurteilt werden, wenn es gelänge, die schwebenden weltpolitischen Fragen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.“ Das Konjunkturinstitut beurteilt mithin die Entwicklung sehr pessimistisch. Da der Arbeitsmarkt sich nur gering verbessert, ist mit einer großen Arbeitslosigkeit für die Zukunft zu rechnen. Die Konjunktur wird am meisten gestützt durch den Absatz von Verbrauchsgütern. Doch ist dieser Absatz restlos abhängig von dem Arbeitseinkommen. Da dieses jedoch einen immer größeren Rückgang erfährt, wird die letzte Stütze der Konjunktur zerschlagen. Über die Schichtung der Einkommen sind falsche Vorstellungen weit verbreitet. Deshalb ist es von Nutzen sich über die Einkommensverhältnisse der etwa 28 Millionen Einkommensempfänger ein treffendes Bild zu machen. Wie sich die Einkommenspyramide aufbaut, ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Einkommensgruppen	Zahl der Einkommen in Tausend	
	1926	1928
bis 1500 RM.	17 628	16 524
über 1500 bis 3000	6 271	7 173
über 3000 bis 5000	2 067	2 915
über 5000 bis 8000	678	969
über 8000 bis 12000	193	279
über 12000 bis 16000	68	93
über 16000 bis 25000	57	79
über 25000 bis 50000	33	46
über 50000 bis 100000	10	13
über 100000	4	6
Zusammen:	27 009	28 097

Diese Zusammenstellung vermittelt ein Bild von den Einkommen in zurückliegenden Jahren. Die Aufstellung von 1926 dürfte den heutigen Verhältnissen am nächsten kommen. Seit 1928 ist ein gewaltiger Abschlag in den Einkommen erfolgt. Etwa 90 v. H. aller Einkommen entfällt auf die Einkommensgruppen unter 3000 RM. Daraus ergibt sich, daß die unteren Einkommensgruppen die entscheidendste Verbraucherschicht im deutschen Volk darstellen. Über deren Entwicklung gibt das Konjunkturinstitut folgende Prognose: „Das Arbeitseinkommen, die breiteste Grundlage des Verbrauchs, hält sich um nahezu 40 v. H. unter seinem konjunkturellen Maximum (1929). Die Lohnabbauaktion von Anfang dieses Jahres hat sich in einem verschärften Rückgang niedergeschlagen. Da die Aussichten des Arbeitsmarkts anhaltend schlecht sind, die Zahl der Einkommensbezieher vorerst konjunkturell schwerlich zunehmen wird, und da ferner die Lohn- und Gehaltsätze eher erneut sinken werden, ist für das Arbeitseinkommen zunächst mit weiterer, wenn auch vielleicht allmählich abgemilderter Schrumpfung zu rechnen. Demgemäß ist zu befürchten, daß das Wertvolumen des Verbrauchsgüterabsatzes ebenfalls noch sinken wird.“

Wer das Masseneinkommen weiter verschlechtert oder nichts tut, um die weitere Verschlechterung aufzuhalten, zerschlägt den letzten Halt der Konjunktur. Da die Produktionsmittelindustrie dem Arbeitsmarkt keinen Halt mehr gibt, muß die Verbrauchsgüterindustrie in ihren Absatzmöglichkeiten gestützt werden. Dies läßt sich nur erreichen durch Abstoppen der Lohnsenkungen und schleunigste Arbeitsbeschaffung im größten Ausmaß.

Für Wirtschaftsfreiheit — gegen Autarkie

Als Reaktion auf die starken Bestrebungen der handelspolitischen Abschließung Deutschlands von anderen Ländern hat sich ein Bund für freie Wirtschaftspolitik gebildet, der seine erste Tagung abhielt. Der Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen formulierte in seiner Eröffnungsrede folgenden durchaus zutreffenden Satz: „Hat der Arbeitnehmer in Industrie und Handel Geld, dann hat's die ganze Welt.“ Nach Petersen besteht die Gefahr, daß Krisen wie die gegenwärtige nicht nur die Dinge, sondern auch die Geister verwirren. Prof. Dr. Gerloff, Frankfurt a. M. führte aus: „Ein wachsendes Volk ist expansiv; stagnierende Völker sind autarkisch gesinnt. Die Autarkie verwirklichen heißt: die Bevölkerung in ihrem Lebensunterhalt auf den kargen Ertrag einer weder mit natürlichen Schätzen reich bedachten noch durch ein glückliches Klima begünstigten Landschaft beschränken. Es heißt zugleich diese Bevölkerung in die härteste Arbeitsfront für Grundbesitzer und Besitzer anderer Produktionsmittel zwingen.“ Auch sonst fiel manch treffendes Wort anlässlich der Gründerversammlung dieses Bundes. — Sehr gute Formulierungen fand auch Prof. Dr. Röpke auf dem Verbandstag des Reichsverbandes des deutschen Nahrungsmittelgroßhandels. Aus seinen Ausführungen wollen wir folgende Sätze festhalten: „Die Weltwirtschaft ist weit davon entfernt, ein künstliches Gebilde zu sein; sie ist nichts weiter als eine folgerichtige Fortführung des für die heutige Versorgung der Menschheit lebensnotwendigen Prinzips der Arbeitsteilung, das international genau so wichtig ist wie national. Diejenigen, die eine Autarkie für Deutschland anstreben, planen also nichts Geringeres als ein Attentat auf die Fundamente der deutschen Wirtschaft, das der mutwilligen Zerstörung eines großen Teils des deutschen Maschinenparks gleichzusetzen wäre. Sie planen also trotz aller tönenden Worte etwas durch und durch Antinationales. Es würde eine unerträgliche Krise zu erwarten sein.“ — Die Gewerkschaften stimmen mit diesen Worten im großen und ganzen überein. Die Selbstgenügsamkeit eines Landes wie Deutschland ist eine Phrase, darauf berechnet, auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung bestimmte Schichten zu bevorzugen.

Nur noch geringe Entlastung des Arbeitsmarktes

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat bereits Anfang Mai eine Verlangsamung erfahren. Nach den Meldungen der Arbeitsämter ging die Arbeitslosenziffer vom 1. bis 15. Mai um 64 000 zurück. Da der Rückgang im Monat April 282 000 betrug, so ist bereits eine merkliche Verlangsamung der Besserung des Arbeitsmarktes eingetreten. Wir müssen wohl oder übel damit rechnen, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen bereits wieder zu steigen beginnt. In ihrer neuesten Notverordnung rechnet die Reichsregierung mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenziffer im Jahre 1932 in Höhe von 5,9 Millionen. Damit wird sie ungefähr das Richtige getroffen haben. Wir müssen uns aber darüber klar sein, was ein Fortbestehen einer so hohen Arbeitslosigkeit für die deutsche Wirtschaft und nicht zuletzt auch für die Arbeiterbewegung bedeutet.

VERBAND UND BERUF

Bekanntmachung

Auf Antrag der Mitgliedschaft *Düsseldorf* wurde der Steindrucker *Karl Göbel*, Buch Nr. 59 534 gemäß § 6 Absatz 2 aus dem Verbands ausgeschlossen.

Auf Antrag der Mitgliedschaft *Lübeck* wurde der Steindrucker *Siegwart Adner*, Buch Nr. 59 753 wegen Streikbruch aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand.

Die deutsche Tapete auf dem Weltmarkt

Im deutschen Außenhandel nimmt die Tapete als Exportartikel eine beachtenswerte Stellung ein. Rund 115 000 Doppelzentner im Werte von 11,8 Millionen RM. Tapete und Tapetenborde wurden im vergangenen Jahre nach dem Auslande ausgeführt. Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise ist gegenüber den Vorjahren die Ausfuhr allerdings gesunken, sie ging dem Werte nach um rund 2,6 Mill. RM. gegen 1930 und um 2,3 Mill. RM. gegen 1929 zurück. Die Einfuhr von Tapeten nach Deutschland ist unerheblich, sie stellte sich 1931 auf 334 Doppelzentner im Werte von 72 000 RM. gegen 550 Doppelzentner im Werte von 126 000 RM. 1930. Die runden Ziffern der Tapetenausfuhr betragen:

	Doppelzentner	Wert in Mill. Mk.
1929	124 400	14,1
1930	137 160	14,5
1931	114 800	11,8

Die wichtigsten Abnehmer deutscher Tapeten sind die europäischen Länder, aber auch nach Übersee gehen beträchtliche Mengen, wie die folgende Übersicht zeigt:

	1931		1930	
	dz	Wert in 1000 Mk.	dz	Wert in 1000 Mk.
Saargebiet	4848	457	5460	562
Belgien	4079	498	4918	597
Luxemburg	592	65	789	93
Dänemark	6459	739	6823	735
Danzig	112	17	176	30
Polen	211	41	568	105
Estland	2100	147	2130	190
Frankreich	2951	431	2941	371
Griechenland	137	26	—	—
Großbritannien	29964	2801	33953	2941
Island	415	51	358	48
Italien	3424	446	3602	476
Lettland	1340	134	1676	175
Litauen	2042	159	2040	165
Niederlande	32562	2427	33846	2570
Norwegen	855	138	720	126
Österreich	1495	197	2565	366
Portugal	174	27	251	45
Rumänien	249	44	365	52
Schweden	1973	278	2594	386
Schweiz	9882	1351	12353	1682
Spanien	1526	222	2184	319
Tschechoslowakei	474	114	854	180
Ungarn	332	47	641	104
Ägypten	341	45	552	83
Britisch-Indien	418	39	455	45
China	205	20	183	23
Japan	285	43	230	34
Vereinigte Staaten	1375	244	3362	613
Kanada	189	29	549	79
Argentinien	4975	544	6381	725
Kolumbien	201	22	313	34
Uruguay	893	105	762	112
Venezuela	229	27	207	24
Chile	—	—	1373	171
Australischer Bund	—	—	218	32

Von den 36 Ländern, die in dieser Aufstellung angeführt sind, haben nur 7 Länder im Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahre ihre Tapeteneinfuhr aus Deutschland gesteigert. Das sind Frankreich, Norwegen, Litauen, China, Japan, Venezuela und Uruguay. Besonders auffallend ist der Rückgang der Ausfuhr nach Großbritannien, Niederlande, Österreich, die Schweiz, den Vereinigten Staaten und Argentinien. Die Gründe dieses Rückganges sind mit Ausnahme von Großbritannien, wo Einfuhrbeschränkungen und die Lösung des Pfundes von der Golddeckung sich ungünstig auf unsere Ausfuhr ausgewirkt haben, nicht recht ersichtlich. Maßgebend dafür wird aber die Wirtschaftskrise sein, was schon daraus hervorgeht, daß unsere Tapetenausfuhr gerade nach jenen Ländern gesunken ist, die in den Strudel der Wirtschaftskatastrophe hineingerissen wurden. Vor allem wirkt sich auch die schlechte Lage auf dem internationalen Bau- und Markt ungünstig auf unsere Tapetenausfuhr aus.

Ernst Neumann.

Klischeeherstellung im Ausland

Nachstehenden Aufsatz veröffentlichte der Bund chemigraphischer Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien Deutschlands E. V. im Buchhändler Börsenblatt:

„Es ist bekannt, daß leider ganz besonders der Verlagsbuchhandel mit dem Ausland arbeitet, zum Teil aus dem Grund, weil die dort befindlichen Guthaben, die infolge der Devisensperre nicht zu verwerten sind, nur in dieser Form nutzbar gemacht werden können. Im wesentlichen aber wird auf den Preisunterschied der ausländischen Erzeugnisse gegenüber den inländischen hingewiesen.“

Vergleicht man die Auslandspreise lediglich mit den deutschen Listenpreisen, so erscheinen die ausländischen Preise vielleicht günstiger. Da aber heute von den deutschen Klischeeanstalten die Arbeiten individuell behandelt und auch individuelle Preise gemacht werden, dürfte ein wesentlicher Preisunterschied praktisch nicht mehr in Frage kommen. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß deutsche Klischeehersteller überhöhte Preise fordern. Dafür, daß dies nicht geschieht, bietet die katastrophale Wirtschaftslage wohl genügend Gewähr, da jeder Gewerbetreibende notwendigerweise mit seinen Preisen bis an die Grenze des möglichen heruntergeht, um sich einen, wenn auch kleinen Auftragsbestand zu erhalten. Wo noch Preisunterschiede bestehen, liegt dies größtenteils an der erheblich schlechteren Qualität, zum Teil aber auch an den Valutaverhältnissen und den geringeren steuerlichen und sozialen Belastungen der ausländischen Industrien. Der deutsche Verleger sollte, wenn er selbst über die schlechte Qualität hinwegsehen wollte, doch darauf Rücksicht nehmen, daß er durch Vergebung von Aufträgen ins Ausland nicht nur die deutsche Handelsbilanz schwächt, sondern auch dazu beiträgt, daß die Arbeitslosigkeit, die auch im chemigraphischen Gewerbe außerordentlich groß ist, weiter zunimmt. Die Arbeitslosigkeit im chemigraphischen Gewerbe beträgt zur Zeit 45 Proz. der vorhandenen Gehilfen, außerdem arbeiten 15 Proz. der Gehilfen in deutschen Anstalten kurz. Es müßte Ehrenpflicht für jeden Verleger sein, dazu beizutragen, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht vergrößert, sondern im Gegenteil, durch Hergabe von Arbeiten verringert wird. Gerade der deutsche Verleger, dessen Erzeugnisse ja im wesentlichen für den Binnenmarkt in Frage kommen, müßte unseres Erachtens ein lebhaftes Interesse haben, daß die Kaufkraft deutscher Arbeiter nicht weiter geschwächt wird. Die Angehörigen des graphischen Gewerbes sind immer eifrige Leser und gute Bücherkäufer gewesen. Ihre Verbundenheit mit der Herstellung des Buches bringt naturgemäß ein lebhaftes Interesse für das Buchgewerbe und seine Erzeugnisse hervor. Der hohe kulturelle Stand des Arbeiters im graphischen Gewerbe und seine gegenüber anderen Berufsschichten ausgeprägte Allgemeinbildung veranlassen ihn, Bücher zu erwerben. Es dürfte also ganz wesentlich im Interesse der Verleger liegen, dazu beizutragen, daß diese hochqualifizierten Arbeiterschichten nicht weiterer Verelendung durch Arbeitslosigkeit anheimfallen.

Das graphische Gewerbe und die chemigraphischen Anstalten im besonderen haben außerordentlich gute Leistungen in technischer und künstlerischer Beziehung hervorgebracht, auf die die Verleger in guten Zeiten erheblichen Wert legen und denen sie zum großen Teil die gute Qualität des deutschen Buches verdanken. Heute, wo es dem graphischen Gewerbe schlecht geht, wäre es unseres Erachtens ein Akt der Dankbarkeit und auch der Ehrlichkeit, das deutsche graphische Gewerbe für künftige bessere Zeiten leistungsfähig zu erhalten.“

Wir gehen vollständig einig mit dem „Bund“ in den Versuchen, in diesen Notzeiten deutsche Arbeit für deutsche Arbeiter und Betriebe zu sichern. Der hohe kulturelle Stand des Arbeiters im graphischen Gewerbe und seine ausgeprägte Allgemeinbildung, die ihn zugleich zum hochqualifizierten Arbeiter macht, ist nicht zuletzt das Werk der gewerkschaftlichen Organisationen der graphischen Arbeiterschaft, die durch ihre sachliche, stets das Wohl des Gewerbes im Auge habende Politik Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen haben, die Anteilnahme an der Kultur unserer Zeit, Pflege der Allgemeinbildung und Steigerung der gewerblichen Qualifikation dem einzelnen ermöglichen. Das soll durch die unerhörten Forderungen der Unternehmer, die bei den letzten Tarifverhandlungen mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig wäre, vertreten wurden und noch vertreten werden, wahrnehmlich anders werden. Es bleibt doch nur übrig zu schlussfolgern, daß der „Bund“ durch seinen Kampf gegen die bisher gültigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfen den hohen kulturellen Stand, die ausgeprägte Allgemeinbildung und die berufliche Qualifikation der Gehilfen vernichten will. An-

ders haben wir diesen Kampf bisher auch nicht bewertet. Es geht in diesem Kampf auch tatsächlich darum, die Gehilfenschaft des graphischen Gewerbes auf die soziale Stufe der Kulis zu zwingen. Daß die Gehilfenschaft solchen Zumutungen jeden nur denkbaren Widerstand entgegengesetzt, versteht sich am Rande. Denn sie dient sich damit nicht nur selbst, sondern noch mehr dem Gewerbe. Dem gewerblichen Tun der Unternehmer muß und wird von der Gehilfenschaft Paroli geboten werden!

„Der Verfall der Gewerkschaften“

Unter dieser Überschrift bringt das Unternehmerorgan „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 19. 5. eine Notiz. In dieser wird die Behauptung aufgestellt, daß die Mitgliederstärke der im ADGB. zusammengeschlossenen Gewerkschaften erheblich gesunken sei. Unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit betrage der Mitgliederückgang 40 v. H. Der Rückgang der Gewerkschaften erkläre sich durch die starke Arbeitslosigkeit. Auch sei eine gewisse Organisationsmüdigkeit eingetreten, „die entstanden ist durch das sinkende Vertrauen zu den Gewerkschaftsleitungen. Sehr stark wirkt auch die wachsende Oppositions Stimmung aus politischen Gründen, veranlaßt durch die Tätigkeit der Kommunisten und durch die Arbeit der nationalsozialistischen Betriebszellen.“ — Gewiß geht es den Gewerkschaften nicht sonderlich gut. Sie haben unter der Krise mehr als jede andere Organisationsart zu leiden. Es ist aber bezeichnend, daß ein Unternehmerorgan vom Schlage der „Bergwerkszeitung“ seine unverholene Freude an der Schädigung der Gewerkschaften durch die Krise Ausdruck gibt. Jeder Arbeiter und Angestellte mit gesundem Instinkt sollte daraus die Lehre ziehen, welche Katastrophe heraufbeschworen wird, wenn die Gewerkschaften noch weiter geschwächt werden. Eine echte Freundschaft wird erst in Notzeiten bewiesen. Die Gewerkschaften sind der beste und stärkste Hort der Arbeiterklasse. Ihr Verfall ist der restlose Triumph der Unternehmer und die Einleitung einer dauernden Knechtschaft für die Arbeiterklasse.

Die Gehilfenschaft lacht

Die Gehilfenschaft hat eigentlich jetzt nichts zu lachen. Die Krise mit ihrem Elend der Arbeitslosigkeit und ihren vielen sonstigen Bedrückungen verschiedener Art läßt auch kein herzliches, befreiendes Lachen aufkommen. Trotzdem hat die Gehilfenschaft des Lithographie- und Steindruckgewerbes am 26. Mai wieder einmal richtig von Herzen gelacht. Und zwar in den Versammlungen. Als nämlich berichtet wurde, daß ein Unternehmer ernstlich behauptete, daß die Gehilfen in den Betrieben eine größere wirtschaftliche Einsicht gegenwärtig zeigten als die Gehilfenvertreter, denn die Gehilfen seien bereit, auf die Feiertagsbezahlung zu verzichten und sich auch mit einem Ferienverlust abzufinden, wenn sie nur Arbeit in den Betrieben behalten könnten, war ein so herzliches Lachen die Antwort der Gehilfenschaft, daß man direkt seine Freude daran haben konnte. Die Gehilfenschaft lachte aus vollem Halse über die Unternehmerbehauptung. Das ist auch eine Antwort, die uns an Deutlichkeit nicht das Gerinste übrig zu lassen scheint. Die Gehilfenvertreter haben sich empört als diese Behauptung dem Gehege von Unternehmerzähnen entflohen; die Gehilfenschaft hat einfach darüber gelacht. Über solche Behauptungen könne man nur lachen, meinten befragte Kollegen, jedes Wort der Kritik schwäche diese Antwort nur ab. Wir müssen gestehen, diese Beweisführung ist schlagend. Und sie hat den Vorteil kurz und unzweideutig zu sein.

Der Verband der Bucharbeiter Belgiens berichtet

Anläßlich des für den 3. und 4. Juli einberufenen Verbandstages unterbreitet der Verbandsvorstand einen Geschäftsbericht von 28 Seiten Umfang, dem nur einige Zahlenangaben entnommen werden sollen. So ist zunächst festzustellen, daß der im Jahre 1924 gegründete Verband eine ganz außergewöhnliche Stabilität seiner Mitgliederzahl aufweist; waren bei der Gründung 4724 Mitglieder vorhanden, so haben die Schwankungen nach oben oder unten nie mehr als 300 betragen. Im Jahre 1930 belief sich der Verlust sogar auf nur je zwei Mitglieder bei den Buchbindern und bei den Lithographen; das Jahr der Krise, 1931, brachte allerdings einen Verlust von 170 Buchbindern und 16 Lithographen, so daß das Jahr 1932 mit 4497 Mitgliedern begonnen werden konnte, von denen 2866 auf die Buchbinder und 1631 auf die Lithographen entfielen. Im Jahre 1931 betrug der Zugang 470 Mitglieder, dem ein Abgang von 656 ge-

genübersteht; man wird also durchaus zustimmen können, wenn die Verbandsleitung selbst wie folgt urteilt: „Wir können daher erklären, daß die Grundlage unserer Organisation gesund und solide ist, und daß wir uns in Sicherheit befinden vor der großen Fluktuation, welche die Arbeitsmarktlage in gewissen anderen Verbänden verursacht.“ Bei den folgenden Angaben ist eine Trennung zwischen den Hauptgruppen der Buchbinder und Lithographen nicht mehr vorgenommen; es kann daher auch nur berichtet werden, daß sich die durchschnittliche Anzahl der arbeitslosen Mitglieder im Jahre 1930 auf 161, in 1931 dagegen auf 614 belief; und da sich die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung in entsprechendem Umfange erhöhten, hatte die gesondert verwaltete Arbeitslosenunterstützungskasse am Schlusse 1931 bei der Verbandskasse rund 200 000 Fr. Schulden, während sie im Jahre zuvor noch ein Vermögen von rund 100 000 Fr. besessen hatte.

Einfuhrverbote in Osterreich

Mit bürgerlicher Mehrheit hat der österreichische Nationalrat eine Verordnung angenommen, die die Regierung ermächtigt, für eine Anzahl von Waren Einfuhrverbote auszusprechen. Die Regierungsvorlage begründete diese Maßnahme einmal mit der Notwendigkeit der Verteidigung der Währung, die jede überflüssige Einfuhr auszuschalten nötige und mit der Tatsache der Einfuhrverbote fremder Staaten gegenüber einer Anzahl österreichischer Ausfuhrwaren. Die Verordnung ermächtigt die Regierung, auch die Einfuhr durchaus lebensnotwendiger Waren, vor allem wichtiger Nahrungsmittel wie Vieh, Zucker, Margarine, Fleisch und Käse zu verbieten. Auch wichtige Rohstoffe stehen auf der Verbotsliste, so Braunkohle, ebenso unentbehrliche Gebrauchsgegenstände wie Seife, Schuhe, Uhren, Linoleum und wichtige Baustoffe wie Kalk und Ziegelsteine. Eine der unangenehmsten Wirkungen von Einfuhrverboten für die Verbraucher ist die Gefahr der Preissteigerung für alle diejenigen Waren, die monopolistisch gebunden sind. Während bei Schutzzöllen der oberste Preispunkt gegeben wird durch den Weltmarktpreis plus Zollzuschlag, fällt bei Einfuhrverboten diese Preiskontrolle weg, so daß einer Überhöhung der Preise durch die Monopolorganisationen überhaupt keine Grenzen gesetzt sind. Deshalb sollten, wie ein Antrag der Sozialdemokraten vorsah, die einmal beschlossenen Einfuhrverbote erst dann in Kraft treten, wenn gleichzeitig ein Gesetz über Höchstpreise erlassen sei, das die behördliche Preiskontrolle gewährleisten würde. Preissteigerungen müßten aber für Österreich um so verhängnisvoller sein, als schon jetzt gegenüber dem Ausland ein Mißverhältnis entsteht, da gleichzeitig mit dem Sinken der Auslandspreise die österreichischen Inlandspreise sich in letzter Zeit erhöht haben. Dieses Mißverhältnis würde durch Einfuhrverbote noch verschärft.

Professor Otto Mente

ist am 18. Mai 61jährig nach langem Leiden verschieden. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der über den engeren Kreis photographischer Betätigung hinaus sich besonders um die Reproduktionstechnik verdient gemacht hat, aus der er her-

vorgegangen ist. Denn Mente hatte von der Picke auf gearbeitet. Er begann seine Laufbahn als Reproduktionstechniker, besonders für Lichtdruck, bei Alpers in Hannover und war dann bei Römmeler & Jonas in Dresden tätig. Nach seiner Militärzeit widmete er sich besonders der Klischeeherstellung und war bei Labisch in Berlin als Chemigraph tätig. Später ging Mente nach Moskau als Geschäftsführer der Klischeeanstalt und Lichtdruckerei von Renard. Seine praktischen Kenntnisse und wertvollen Erfahrungen auf dem Gebiete der Reproduktionstechnik konnte er aber besonders bei Klmsch & Co. in Frankfurt a. M. auswerten. Hier war es auch, wo er zuerst durch Publikationen in der „Photographischen Korrespondenz“ und in anderen Zeitschriften hervortrat und damit die Aufmerksamkeit Prof. Miethes auf sich lenkte, der als Nachfolger Prof. Vogels den Lehrstuhl für Photographie an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg innehatte und damals einen tüchtigen Praktiker für Reproduktionstechnik brauchte. Mente wurde im Jahre 1905 von Miethes als Assistent an das Photochemische Laboratorium berufen und erhielt im Jahre 1913 den Professorentitel. Im Jahre 1920 wurde er zum Abteilungsvorsteher und 1928 nach dem Tode von Prof. Miethes zum beamteten außerordentlichen Professor mit Lehrauftrag für Photographie ernannt. Neben seiner Lehrtätigkeit war Prof. Mente auch umfangreich als Fachschriftsteller tätig. Von 1905 bis 1919 gab er zusammen mit Prof. Miethes die Zeitschrift für Reproduktionstechnik heraus und war bis zu seinem Tode Redakteur vom „Atelier des Photographen“.

Hast du schon den neuen „Volksfunk“?

Wenn nicht, dann besorge ihn dir schleunigst. Du wirst mehr wie überrascht sein über den vortrefflichen Inhalt, zu dem der Preis aber in gar keinem Verhältnis steht. Trotz bester Ausgestaltung in Tiefdruck kostet das 48 Seiten starke Heft im Einzelbezug 25 Rpf., monatlich 90 Rpf. und 6 Rpf. Zustellgebühr. Der „Volksfunk“ kann bei der Post, bei der Buchhandlung oder beim Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3 bestellt werden.

Aus dem Inhalt des neuen Heftes: Reichbilderte Aufsätze über das Luftschiff Zeppelin, den 16jährigen Mörder Waldow, das Hambacher Fest und über das richtige Schminken. Eine Seite gehört der Hausfrau und behandelt „Selbstgebekenes“. Dem Deutschlandsender und der Berliner Sendung werden reich bilderte Einführungen mitgegeben. Das ausführliche Europaprogramm, die kritischen Betrachtungen und die Vorschau auf kommende Sendungen sind für jeden Radiohörer unentbehrlich. Der Bastelmeister gibt wie immer praktische Winke. Der mit großem Beifall aufgenommenen Roman geht in dem vorliegenden Heft seinem sensationellen Abschluß entgegen, der sonstige Unterhaltungsteil ist für Rätsel- und Schachfreunde eine Fundgrube. Aktuelle Bilder zum Tagesgeschehen in der großen Welt geben diesem prachtvoll ausgestatteten Heft den guten Abschluß. In ihrem neuen Gewande ist diese Funkzeitschrift des schaffenden Volkes allen 120 bürgerlichen

Funkblättern mehr als ebenbürtig geworden, so daß diese gewiß rasch viele weiteren Freunde finden wird. Sie kann bei jeder Postanstalt für 96 Rpf. monatlich einschließlich Zustellgebühr, wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden. Probehefte fordert an von der nächsten Buchhandlung oder vom Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

70 Millionen Genossenschaftsmitglieder

Der Generalsekretär des internationalen Genossenschaftsbundes H. J. May (London) sprach im Rahmen der vom Mosse-Verlag einberufenen Weltwirtschaftskonferenz in Berlin über „Die neue Handelspolitik vom Standpunkt des Verbrauchers“. Er legte dar, daß die protektionistische Handelspolitik von dieser Warte aus verurteilt werden muß. Die Arbeitslosigkeit ist dadurch nur gesteigert worden. Bereits 1927 hat die Weltwirtschaftskonferenz in Genf die Zollbarrieren als Haupthindernis der Weltprosperität betrachtet. Dieser Beschluß war nicht lange wirksam. Heute verbinden sich Quoten, Kontingente, Zuschlagzölle und Lizenzen um die Barrieren der Wiedergesundung unübersteigbar zu machen. Der Redner kann dann auf die Bedeutung der Genossenschaften zu sprechen. Nach den letzten Statistiken bestehen in 41 Ländern 57 500 Genossenschaften mit einer Einzelmitgliedschaft von 70 Millionen. Davon umfassen die Konsumgenossenschaften 64,5 Millionen, die Produktivgenossenschaften 133 000, die landwirtschaftlichen Genossenschaften 1 880 000 und die Kreditgenossenschaften 7 107 000. Der Gesamtumsatz dieser Genossenschaften stellt sich auf 234 019 827 Pfund Sterling (etwa 3,6 Milliarden RM.) und die Reserven auf 127 381 090 Pfund. Der Redner schloß folgendermaßen: „Unsere Ansicht nach kann die Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten nur gefunden werden, durch die Einführung des genossenschaftlichen Systems mit seinen Idealen des Dienstes an der Gemeinschaft an Stelle des Gewinnstrebens zugunsten des einzelnen, mit seiner demokratischen Kontrolle und seiner Fähigkeit, das gewünschte Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen.“

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Neues zur Sachlage im Tarifstreit. Wirtschaftskrise, Elend und Verelendung / Massenkaufkraft ist das entscheidende Faktum / Für Wirtschaftsfreiheit — gegen Autarkie / Nur noch geringe Entlastung des Arbeitsmarktes.

Verband und Beruf: Bekanntmachung / Die deutsche Tapete auf dem Weltmarkt / Klischeeherstellung im Ausland / „Der Verfall der Gewerkschaften“ / Die Gehilfenschaft lacht / Der Verband der Bucharbeiter Belgiens berichtet.

Einfuhrverbote in Osterreich / Professor Otto Mente / Hast du schon den neuen „Volksfunk“? 70 Millionen Genossenschaftsmitglieder / Den Toten zum Gedächtnis.

Den Toten zum Gedächtnis!

1932.

† Am 8. April in Schweidnitz i. Schl. **Otto Böhme**, Lithograph aus Rußdorf bei Zittau, 56 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Görlitz am 12. Oktober 1895.

† Am 16. April in Nürnberg **Georg Reh**, Lithograph aus Bernicht bei Sulzbach, 27 J. alt, an Lungenleiden, krank 42 W. — Eingetr. in Nürnberg am 1. Oktober 1922 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 25. April 1920).

† Am 17. April in Hamburg **Hermann Meyer**, Steindrucker aus Wandsbek, 70 J. alt, an Zuckerkrankheit, krank 5 J. und 5 M. — Eingetr. in Hamburg am 19. September 1920 (vorher Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband seit 29. Oktober 1917).

† Am 19. April in Nürnberg **Moritz Frauenholz**, Lithograph aus Nürnberg, 64 J. alt, an Gehirnhautentzündung, Invalide seit 29. November 1925. — Eingetr. in Nürnberg am 1. Januar 1893.

† Am 20. April in Dresden **Heinrich Scharschuch**, Steindrucker aus Dresden, 67 J. alt, an Herzschlag, Invalide seit 1. Februar 1932. — Eingetret in Dresden am 21. Januar 1903.

† Am 21. April in Leipzig **Wilhelm Kermes**, Notendrucker aus Leipzig-Stötteritz, 75 J. alt, an Gasvergiftung, krank an Arterienverkalkung 6 J. und 9 M. — Eingetr. in Leipzig am 29. Juni 1919.

† Am 23. April in Berlin **Walter Gottschling**, Steindrucker aus Berlin, 37 J. alt, an Lungentuberkulose, krank zuletzt 2 W. — Eingetr. in Berlin am 5. April 1925.

† Am 23. April in Bremen **Ludwig Wohlfart**, Chemigraph aus Buchloe Bez.-Amt Kaufbeuren, 31 J. alt, an Schlaganfall, krank 16 W. — Eingetr. in München am 15. März 1926.

† Am 24. April in Bautzen **Oskar Schöne**, Steindrucker aus Malwitz b. Bautzen, 67 J. alt, an Nierenentzündung, Invalide seit 13. 6. 26. — Eingetr. in Bautzen am 8. Juni 1902.

† Am 24. April in Gera i. Th. **Richard Freund**, Steindrucker aus Münchenbernsdorf, 70 J. alt, an Herzschlag, Invalide seit 26. September 1926. — Eingetr. in Gera i. Th. am 1. Januar 1893.

† Am 2. Mai in Hamburg **Hans Schüler**, Chemigraph aus Buxtehude, 23 J. alt, an Blinddarmentzündung, krank 4 T. — Eingetr. in Hamburg am 10. April 1927 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 24. August 1924).

† Am 2. Mai in Hanau a. M. **Anton Gauby**, Steindrucker aus Graz, 53 J. alt, an Herzleiden, krank zuletzt 23 W. — Eingetr. in Hanau a. M. am 7. August 1899 (vorher Mitglied im Österreichischen Senefelder-Bund seit 30. Mai 1896).

† Am 5. Mai in Berlin **Edmund Bittner**, Chemigraph aus Hirschberg i. Schl., 58 J. alt, an Lungenentzündung, Invalide seit 6. September 1931. — Eingetr. in Berlin am 27. September 1906 (vorher Mitglied im Deutschen Photographen-Gehilfenverband seit 11. Juni 1906).

† Am 6. Mai in Essen a. d. R. **Robert Schubert**, Chemigraph aus Leipzig-Volkmarisdorf, 47 J. alt, an Magen- und Darmkrebs, krank eine Woche. — Eingetr. in Leipzig am 11. April 1903.

† Am 7. Mai in Stuttgart **Karl Storz**, Chemigraph aus Stuttgart, 62 J. alt, an Magen- und Leberleiden, Invalide seit 28. Dezember 1931. — Eingetret in Stuttgart am 29. April 1894.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburts- und -jahr) mitteilen. **Der Verbandsvorstand.**